

Umstrittene Großunterkunft: Soorstraße wird Millionenprojekt für Asylbewerber

Gunnar Schupelius kritisiert die geplante Unterbringung von 1500 Asylbewerbern in einem Berliner Bürohaus in Westend und hinterfragt die sozioökonomischen Auswirkungen.



Integration und Infrastruktur: Die Herausforderung einer Großunterkunft für Asylbewerber in Berlin

Am 1. Januar befand sich ein großes Bürogebäude in der Soorstraße 82, Westend, Berlin im Leerstand. Das 1988 erbaute Gebäude mit einer Nutzfläche von 27.000 Quadratmetern soll nun zu Unterkünften für Asylbewerber umgebaut werden. Doch diese Entscheidung bringt einige Herausforderungen und Fragen mit sich, die weit über bauliche Aspekte hinausgehen.

Die Berliner Morgenpost berichtete, dass die Büros ursprünglich für 25,80 Euro pro Quadratmeter angeboten wurden. Das

Landesamt für Flüchtlinge (LAF) zahlt jedoch 40 Euro pro Quadratmeter, um das Gebäude in Wohnräume für 1500 Asylbewerber umzuwandeln. Die Kosten für den Umbau belaufen sich auf etwa 44 Millionen Euro. Zwar wurde ein solch umfangreicher Umbau nach Baurecht als schwierig eingeschätzt, doch scheint dies in diesem speziellen Fall möglich zu sein.

Ein zentrales Thema ist jedoch die soziale Integration der neuen Bewohner. Das LAF plant, nicht lediglich Wohnraum, sondern auch sozialen Raum zu schaffen. Doch fehlen oft klare Antworten und Pläne zur Umsetzung. Wo sollen Kinder zur Schule gehen, welche Bildungseinrichtungen stehen zur Verfügung, wie soll die soziale Teilhabe gewährleistet werden? Der „Beauftragte für Partizipation und Integration“, Cem Gömüsay, betont die Notwendigkeit der Integration und sozialen Teilhabe, während Schul-Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz (SPD) die Bedeutung der Bildung für die Kinder unterstreicht.

Die Nachbarschaft fragt sich, wie die Vielzahl fremder Kulturen in ihrem Wohnggebiet integriert werden kann, ohne dass es zu sozialen Spannungen kommt. Vor allem die Anwohner, darunter viele Frauen, haben Bedenken gegenüber einer plötzlichen Ansiedlung von über 1000 Männern aus Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan und der Türkei. Diese Unsicherheiten wurden bisher wenig adressiert, was Bedenken in der Bevölkerung schürt.

Bürgermeisterin Kirstin Bauch (Grüne) betont die Notwendigkeit einer sozial verträglichen Verankerung der neuen Bewohner im Stadtteil. Doch viele sehen diese Aussagen skeptisch, da konkrete Maßnahmen zur Umsetzung und die Sicherstellung von Infrastruktur, wie Spielplätzen, Kindergärten oder Deutschkursen, oft unklar bleiben.

Wie die Politik präventiv handeln könnte

Eine der größten Kritiken gegenüber der aktuellen Flüchtlingspolitik ist der Mangel an langfristigen und

nachhaltigen Strategien. Wenn die Politik effektiver handeln würde, könnten solche Großunterkünfte durch bessere Planungen und frühzeitige Integrationsmaßnahmen vermieden werden. Durch den gezielten Ausbau von Infrastrukturen und sozialen Programmen könnte die Integration erleichtert und Spannungen in der Gesellschaft verringert werden. Zudem wäre eine engere Zusammenarbeit mit den Kommunen und Anwohnern wichtig, um Ängste und Vorurteile abzubauen und eine offene Kommunikation zu fördern.

Wichtige Schritte wären daher:

- Frühzeitige Planung und transparente Kommunikation mit den betroffenen Gemeinden.
- Bereitstellung ausreichender Bildungs- und Freizeitangebote, um die Integration zu erleichtern.
- Gezielte Verteilung von Asylbewerbern, um eine zu hohe Konzentration in einzelnen Wohngebieten zu verhindern.
- Förderung von Deutschkursen und beruflichen Qualifikationsprogrammen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt.

Durch diese Maßnahmen könnte die Politik entscheidend dazu beitragen, die Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration von Asylbewerbern zu bewältigen und die gesellschaftliche Stabilität zu wahren.

Hat Gunnar Schupelius recht? Schreiben Sie an:

gunnar.schupelius@axelspringer.de

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de